

Bericht des Gemeinderates

Postulat Dieter Beyeler / Lydia Riesen (SD) vom 13. Mai 2004 : Rauchfreie Jugend unter 18 Jahren (04.000347)

In der Stadtratssitzung vom 28. April 2005 wurde das folgende Postulat Beyeler/Riesen erheblich erklärt.

Das Baselland sendet in Kürze, als bisher einzigartig in der Schweiz, ein neues Gesetz in die Vernehmlassung: Jugendlichen unter 18 Jahren soll zukünftig der Kauf von Zigaretten nicht mehr gestattet werden. Als flankierende Massnahme sollen die im Freien angebrachten Zigarettenautomaten demontiert werden. Das Verkaufspersonal in Kiosken und Geschäften soll legitimiert werden, in Zweifelsfällen einen Altersausweis verlangen zu dürfen. Gemäss Umfragen hat das neue Gesetz gute Chancen, beim Parlament von Baselland positiv beurteilt zu werden. Nach Meinung der Postulanten wäre auch in der Stadt Bern, nebst den bestehenden Antiraucher - Aktionen, eine solche Präventivoffensive sinnvoll. Die jüngsten Raucherinnen und Raucher sind zum Teil kaum zwölf Jahre alt. Ueberaus stark vertreten sind vor allem die ab sechzehn Jahre alten Jugendlichen, dabei stark im ansteigen begriffen ist der Frauenanteil mit jetzt bereits deutlich über 30%.

Der Gemeinderat wird gebeten zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, ein solches Verbot auch in der Stadt Bern umzusetzen. Insbesondere sollte es auch ein Anliegen sein, bestehende Raucherzonen in Schulhäusern aufzuheben, Schulhäuser und Schulareale sollen generell als rauchfreie Zonen deklariert werden.

Bern, 13. Mai 2004

Postulat Dieter Beyeler, Lydia Riesen (SD)

Bericht des Gemeinderates

Der Gemeinderat hat in seiner Postulatsantwort vom 3. November 2004 die Stossrichtung des Vorstosses unterstützt und eine Prüfung der kommunalen Handlungsmöglichkeiten unter Berücksichtigung der rechtlichen Voraussetzungen in Aussicht gestellt.

In der Zwischenzeit hat sich im Bereich der Tabakprävention auch auf internationaler, nationaler und kantonaler Ebene viel bewegt. Von besonderer Bedeutung sind in Hinsicht auf die Forderungen dieses Postulats die letztjährigen Vorstösse im Grossrat, die rauchfreie Restaurants und öffentliche Gebäude verlangten. Sie wurden zwar nicht durchwegs angenommen, aber sie bewirkten dennoch eine Sensibilisierung im politischen Bereich. Als Folge davon steht in der ersten Grossratssession des Jahrs 2006 ein Tabakwerbeverbot im öffentlichen Raum und ein Tabaksverkaufsverbot für Jugendliche unter 18 Jahren in Diskussion, das im Handels- und Gewerbegesetz verankert werden soll. Die Annahme dieser Gesetzesentwürfe würde die Zugangshürden beim Tabakkonsum von Jugendlichen deutlich erhöhen.

Ob und inwieweit die Stadt Bern die Kompetenz hat, auf ihrem Gebiet für Werbung und Verkauf von Tabakartikel eigene gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, wird

kontrovers diskutiert. Es sprechen gute Gründe dafür, dass sie Rahmen ihres Reklamereglements ein Werbeverbot für Tabakartikel vorsehen könnte. Anlässlich der Beratung des Reklamereglements vom 12. Februar 2004 hat der Stadtrat dem Gemeinderat den Auftrag erteilt, „dafür zu sorgen, dass Reklameeinrichtungen auf öffentlichem Grund nicht für Suchtmittel oder Konsumkredite werben“. Ein Werbeverbot wurde nicht ins Reklamereglement aufgenommen. Die Stadt wird aber übergeordnetes Recht übernehmen und ausführen, sobald der Kanton die entsprechenden Gesetzesänderungen verabschiedet hat.

Bei den Schulen ist die Handlungsmöglichkeit der Stadt Bern grösser. Als Eigentümerin könnte sie ein Rauchverbot auf Schularealen verfügen, würde aber mit einem solchen Vorgehen sowohl die politisch zuständigen Schulkommissionen wie auch die Schulen selber vor den Kopf stossen. Grundsätzlich wird das Rauchen der Schüler und Schülerinnen in keiner der öffentlichen Volksschulen toleriert. Einzelne Schulen sind bereits jetzt vollkommen rauchfrei, in anderen existieren Rauchernischen für rauchende Lehrpersonen. Besser ist deshalb ein Vorgehen, das nicht einfach verbietet, sondern die Schulen in ihren bisherigen tabakpräventiven Anstrengungen unterstützt. Es ist geplant, die Schulen via Volksschulkonferenz und Konferenz der Schulleitungen von Schaffung rauchfreier Verhältnisse zu überzeugen.

Bern, 25. Januar 2006

Der Gemeinderat